

Tagungsdokumentation
Bensberger Gespräche
Europa in der Krise
25.-27. Januar 2006 in Bensberg
Dokumentation: Ernst-Ulrich Stricker

Perspektive Politik – imperiale Überdehnung?

Prof. Dr. phil. Peter Schmidt,
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Mit der Frage nach einer „imperialen“ Überdehnung Europas weckte Prof. Schmidt die besondere Aufmerksamkeit der Tagungsteilnehmer, mutete doch die Verwendung des Begriffes imperial oder Imperialismus im Zusammenhang mit der Europäischen Union eher ungewöhnlich an. Seine Definition von Imperialismus als das „Bestreben einer politischen, bzw. territorialen Macht, die Herrschaft oder zumindest Kontrolle über andere Länder oder Völker zu erhalten“ wurde als Grundlage für die Analyse der EU verwendet, welche als globales Machtzentrum in der jüngsten Vergangenheit mit dem Beitritt, besonders der östlichen Staaten, einen Bedeutungszuwachs erhalten hat. Den historisch negativen Aspekt des Begriffes wollte der Referent bewusst ausgeklammert wissen.

Die Frage des imperialen Charakters Europa beantwortete er mit Hinweisen auf die strategische Ausrichtung der Gemeinschaft, die sich aus Gründen des Stabilitätstransfers nach Osten erweiterte, die dabei den beitretenden Ländern wenig eigenen Gestaltungsspielraum zusprach und mit dem „acquis communautaire“ hohe Gestaltungsansprüche an die neuen Partner stellte. Insofern könne sehr wohl von imperialen Ansprüchen gesprochen werden.

Die Antwort auf die Überdehnungsfrage untersuchte Prof. Schmidt an einigen, aus seiner Sicht hierfür entscheidenden, Faktoren:

Herausforderungen/Bedrohungen, die im Terrorismus, der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, regionalen Konflikten, im Zerfall von Staaten und in organisierter Kriminalität begründet seien und in unterschiedlicher Form und Intensität alle europäischen Staaten bedrohen.

Ambitionen, die durch die Formulierung der EU-Sicherheits-Strategie (ESS) das gewachsene Gewicht der Union als Akteur mit globaler Verantwortung unterstrichen.

Verfügbare Ressourcen und Instrumente, d.h., militärische Machtmittel und wirtschaftliche Ressourcen der EU, die denen der USA in bestimmten Bereichen ebenbürtig seien.

Beziehungen zwischen den Mitgliedsländern und Lastenausgleich zwischen den reichen und ärmeren Ländern, die dadurch gekennzeichnet seien, dass bei steigender sozialer Ungleichheit zwischen den ärmsten und reichsten Ländern keine ausgewogene Verteilung der Beitragslasten vorgenommen werde und es „Gewinner und Verlierer“ zwischen den Mitgliedsstaaten gebe. Zudem habe dies zur Folge, dass man sich so um innereuropäische Probleme kümmern müsse, was dann unter Umständen zu Lasten der internationalen Aktivitäten gehen könnte.

Struktur des politischen Systems, das sich nicht als gefestigtes, effizientes Ganzes darstelle, sondern einen Konkurrenzkampf zwischen den Institutionen und den Einzelstaaten besonders im Hinblick auf die Außenpolitik ermögliche. Auch werde Europa parallel in mehreren Konfigurationen und Ebenen wie z.B. im Rahmen der Präsidentschaft, der Kommission, des hohen Repräsentanten für die gemeinsame Außenpolitik und im Rahmen der „Großen Drei“ tätig.

Akzeptanz der Ambitionen durch die Öffentlichkeit, deren Diskussionen nicht europäisch, sondern national bestimmt seien und außer einer generellen Anti-Irakkrieg-Stimmung, einem möglicherweise instrumentalisierten Anti-Amerikanismus keine europäische Sicht der Welt befördere und die ebenso keine Bereitschaft zeige, mehr Geld für die Verteidigung auszugeben.

In seiner Schlussfolgerung kam der Referent zu dem Ergebnis, dass die Bestandsaufnahme der Europäischen Union hinsichtlich der o.a. Faktoren eher Grund zur Skepsis gebe, da die „Osterweiterung“ zwar große Ambitionen verfolge, aber auch zu einer Schwächung geführt habe. Die EU habe zwar ökonomische und diplomatische Hebel (weniger militärische), ihre Möglichkeiten würden durch Ungleichgewichte zwischen den Partnern und durch ein zersplittertes politisches System jedoch behindert. Es sei unrealistisch zu erwarten, die Nationalstaaten würden ihre Kompetenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik an einen „Beamten in Brüssel“ abgeben und so wird es auch in Zukunft seiner Einschätzung nach in Europa verschiedene Entscheidungszentren, wechselnde Prioritäten und eine große Zahl von inneren Konflikten geben.

Zudem bestehe die Gefahr eines als Integrationshebel missbrauchten Anti-Amerikanismus und zuletzt das Risiko eines systematisch herbeigeführten Problemdrucks (Probleme durch Erweiterungen führen zum Zwang, sich zu einigen). Mit dem Versuch einer Antwort auf die eingangs gestellte Frage, ob man von einer Überdehnung sprechen könne, beendete Prof. Schmidt seinen Vortrag. Die EU erscheine ihm in Bezug auf ihre großen Ambitionen bald überdehnt und bedürfe der Partnerschaft mit einem starken Partner, den Vereinigten Staaten von Amerika.

In der folgenden Diskussion wurde der Terminus „Imperialmacht“ noch einmal kritisch hinterfragt und vorgeschlagen, den Begriff „Hegemonialmacht“ zu verwenden, da er historisch nicht belastet sei.

Ein Vergleich der USA und der EU hinsichtlich ihrer Ambitionen und imperialen Fähigkeiten sowie die Frage nach Identität stiftenden Ereignissen in der europäischen Außenpolitik beendeten einen interessanten Vormittag.